

EXTRAAUSGABE

ver.di

vau

**UNSERE ZEITUNG FÜR DIE
BERLINER FINANZÄMTER**

Informationen | Meinungen | Analysen | Termine | Links



**Steuerpolitische Fachtagung:
ver.di spricht Klartext**



Zeit für klare Worte mit der Politik



Daniela Ortmann kritisierte den Widerstand gegen die Einführung von INSIKA.

Auf der steuerpolitischen Tagung von ver.di wird traditionell mit Politikerinnen und Politikern Klartext geredet: über Gesetzesvorhaben, Steuergerechtigkeit, die Arbeitssituation in den Finanzämtern. Dieses Jahr war der Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble zu Gast und diskutierte mit dem ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske, ob und inwieweit der Bund Vorgaben für einen einheitlicheren Steuervollzug in den Ländern machen kann. Der Bundesfinanzminister verteidigte in seiner Rede sein Ziel, mehr Gesetzgebungskompetenzen von den Ländern auf den Bund verlagern zu wollen, um insbesondere im Bereich der IT (!) die Verfahren zu vereinheitlichen und dadurch (!) den Steuervollzug voranzubringen. Er schilderte aber auch seine Schwierigkeiten, als Bundesfinanzminister einem 16:1 gegen die Bundesländer ausgesetzt zu sein, so sei dieses Vorhaben nicht sicher umzusetzen.

Glücklicherweise, sagen wir. Einheitliche IT-Programme vom Bund seien mit Vorsicht zu genießen; der Bund setze zu einseitig auf Risikomanagementverfahren und zu wenig auf das Fachwissen und die Erfahrung der Beschäftigten in den Finanzämtern.

Unsere Berliner Kollegin Daniela Ortmann von der ver.di-Bundesfachkommission Steuerverwaltung bemängelte dann auch sehr deutlich, der Bund fordere mehr Kompetenzen, stehe aber vielfach selber Verbes-

serungen im Steuervollzug im Weg. Als Beispiel nannte sie den Widerstand des Bundes gegen den Ankauf von Steuer-CDs oder die sehr schleppende Gesetzgebung gegen Cum-Ex Geschäfte. Insbesondere sei aber der erklärte Widerstand der Bundes-CDU und des Bundesfinanzministers gegen die Einführung des Prüfprogramms INSIKA geradezu skandalös, INSIKA hätte die Manipulation von elektronischen Kassensystemen seit 2008 (!) verhindern können. „Ich frage euch, was für ein Interesse hat ein Bundesfinanzminister daran, dem Steuerbetrug durch Verschleiern von Bareinnahmen oder durch vorgetäuschte Barausgaben keinen Riegel vorzuschieben?“, so Daniela Ortmann. Die Kolleginnen und Kollegen der Außenprüfung könnten diese Form der Steuerhinterziehung bundesweit vieltausendfach belegen.

Bsirske betonte, dass es in einem reichen Land auch einer gerechteren Belastung großer Vermögen und Einkommen bedürfe und Steuerflucht verhindert werden müsse. Als Beispiele nannte er die Abschaffung der Abgeltungssteuer, die (Wieder)Erhebung der Vermögen- und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Hier erwarte ver.di entschieden mehr Engagement durch den Bund.

Auch Finanzsenator Dr. Matthias Kollatz-Ahnen war zu Gast bei ver.di. Über die Auswirkungen des Risikomanagements (RMS) auf den Steuervollzug, den Personalbedarf in den Finanzämtern und gleichmäßigere Besteuerung diskutierte er am Nachmittag gemeinsam u. a. mit Daniela Ortmann und Frank Bsirske. Daniela Ortmann warnte den Finanzsenator eindringlich vor einem Ausdehnen der vollautomatischen Steuerfestsetzung durch Anwendung der RMS auf Einkünfte aus Gewerbebetrieb, die Freiberufler und die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung; nach Auffassung von ver.di hätte dies massiven Steuerausfall zur Folge. Zur Personalausstattung in den Finanzämtern und auf die „Entbehrungsquote“ von 10 % unter der Personalbedarfsberechnung angesprochen, verwies der Finanzsenator auf die stark gestiegenen Ausbildungszahlen im mittleren und gehobenen Dienst, die derzeit bei je 170 Anwärterinnen und Anwärtern pro Jahr lägen. Auch hier wurde seitens Daniela Ortmann klargestellt, dass dies nur den Altersabgängen und der wachsenden Stadt zu verdanken sei, nicht aber der Einsicht der Politik, endlich 100% der Personalbedarfsberechnung umzusetzen. Dies bleibe aber eine berechnete Forderung von ver.di,

Fortsetzung auf Seite 5

Ehrlich gesagt ...

... hatte ich vom Berliner Senat für die Beamtinnen und Beamten in diesem Jahr deutlich mehr erwartet. Unter der Überschrift „Ein bürgernahes und lebenswertes Berlin“ war in der Koalitionsvereinbarung verabredet worden, die BeamtInnenbesoldung bis 2021, also in dieser Legislaturperiode, an den Länderdurchschnitt anzupassen. Was nun vorliegt, hat damit absolut nichts zu tun. Es ist vielmehr ein weiterer Schlag ins Gesicht derjenigen, die den öffentlichen Dienst zusammen mit ihren tarifbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen am Laufen halten. Wieder soll das Tarifiergebnis erst mit 7-monatiger Verspätung auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden, wenn es nach Müller, Kollatz-Ahnen & Co. geht. Und auch der Zuschlag von mageren 0,6 % in 2017 und 0,85 % in 2018 reicht keinesfalls aus, den Besoldungsabstand zu den anderen Ländern wie vom Senat versprochen bis 2021 abzubauen. Jetzt wären die finanziellen Spielräume vorhanden, hier

wirklich etwas auf den Weg zu bringen. Ich kann nur sagen: Gelegenheit verpasst! Auch wenn unsere Bemühungen durchaus Wirkung zeigten und der Senat mit der Verbesserung des Gesetzentwurfs in die richtige Richtung ging, ist einzig für die AnwärterInnen durch die pauschalen Erhöhungen ihrer Bezüge Licht am Ende des Tunnels zu sehen. Denn weiterhin verweigert der Senat die zeitgleiche Übernahme des Tarifiergebnisses, also eine rückwirkende Besoldungserhöhung zum 1. Januar. Und auch der Zuschlag wird nicht ausreichen, um das Versprechen einzulösen, die Besoldungsunterschiede bis 2021 abzubauen. Jetzt ist das Abgeordnetenhaus einmal mehr gefordert, den Gesetzentwurf deutlich nachzubessern, damit die Berliner Beamtinnen und Beamten endlich die längst verdiente Anerkennung erfahren. Wir von ver.di werden jedenfalls weiter dafür eintreten, dass sie nicht abgehängt bleiben.



Francisca Bier
Vorsitzende der
Fachkommission
Steuerverwaltung

ANZEIGE



0,- Euro Bezügekonto¹ der „Besten Bank“

¹ Voraussetzung: Bezügekonto mit Online-Überweisungen; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied.

- ✓ Attraktive Vorteile für den öffentlichen Dienst
- ✓ Einfacher Online-Kontowechselservice

Mehr Informationen? Gerne!

4 x in Berlin:

- Hausvogteiplatz 3-4, 10117 Berlin, Tel. 030/2 02 48-0
- Luisenstraße 41, 10117 Berlin, Tel. 030/28 30 46-0
- Augsburgener Straße 5, 10789 Berlin, Tel. 030/21 48 94-0
- Fehrbelliner Platz 5, 10707 Berlin, Tel. 030/2 21 90 36 60-0

BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst



GJAV-Vorsitzende
Mia Munkelt

AnwärterInnen verdienen endlich mehr

Es ist wahrlich nicht mehr neu, dass mittlerweile Betriebe und Verwaltungen um die besten Bewerberinnen und Bewerber in einem Wettbewerb stehen. Die Konkurrenz für den öffentlichen Dienst ist stark, macht attraktive Angebote und bietet häufig eine Bezahlung, die längst mit den Anwärterbezügen im öffentlichen Dienst mithalten kann. Wenn die Berliner Verwaltung es ernst damit meint, in diesem Konkurrenzkampf erfolgreich sein zu wollen, muss sie sich einiges einfallen lassen. Denn wer heute einen Ausbildungsplatz oder einen dualen Studienplatz sucht, hat nun mal die Auswahl zwischen verschiedenen Arbeitgebern.

Die GJAV hat in einem Gespräch mit der Senatsverwaltung für Finanzen viele Vorschläge unterbreitet, wie und wo besser um Bewerberinnen und Bewerber geworben werden kann. Einige dieser Vorschläge wurden bereits aufgegriffen, die GJAV wird hier im Gespräch bleiben, auch um die Steuerverwaltung als Ausbildungsbetrieb besser bekannt zu machen.

Aber worauf schauen diejenigen eigentlich, die inzwischen so umworben werden? In einer Online-Befragung hat die Ausbildungsborse (www.ausbildungsstellen.de) im letzten Jahr insgesamt 750 Nutzerinnen und Nutzer befragt, was ihnen beim künftigen Arbeitgeber besonders wichtig ist. Auch wenn die sogenannten weichen Faktoren wie Betriebsklima, Sicherheit und Übernahmechance das Ranking anführen, spielen auch die harten Kriterien wie Karrieremöglichkeiten und die Ausbildungsvergütung eine wichtige Rolle. Die Attraktivität Berlins als Metropole, so wie das Finanzsenator Kollatz-Ahnen gegenüber ver.di in einem Gespräch geäußert hatte, reicht jedenfalls überhaupt nicht aus, um junge Menschen für eine Ausbildung in der Berliner Steuerverwaltung zu begeistern.

ver.di fordert seit Jahren eine Übernahmegarantie für alle, die Ausbildung und Studium erfolgreich absolviert haben. Und wir fordern endlich eine gerechte Bezahlung, die mit Brandenburg, Sachsen-Anhalt und dem Bund mithalten kann. Es ist unerträglich, dass die Berliner Anwärterinnen und Anwärter seit Jahren am schlechtesten bezahlt werden und dabei die höchsten Kosten in Königs Wusterhausen aus eigener Tasche bezahlen müssen. Jetzt muss gehandelt werden. Es ist an der Zeit, den finanziellen Spielraum Berlins für eine Investition in die Zukunft zu nutzen und die Anwärterbezüge überproportional zu erhöhen. Zumindest Letzteres scheint inzwischen auch bei der Politik angekommen zu sein. So hat der Berliner Senat mit dem vorgelegten Besoldungsgesetzentwurf die Erhöhung der Anwärterbezüge um 75,15 Euro (abzüglich 0,2 % Versorgungsrücklage) zum 1.8.2017 und weitere 75 Euro zum 1.8.2018 auf den Weg gebracht. Wichtig wäre es aber auch, die Situation nach der Ausbildung deutlich zu verbessern. Die generelle Anpassung der Besoldung an das Bundesniveau, die Anhebung der Eingangssämter auf A 7 und A 10 und bessere Aufstiegsmöglichkeiten könnten dazu beitragen, diejenigen, die bei uns ausgebildet werden, langfristig zu binden. ver.di hat das immer wieder gefordert und wird nicht nachlassen, für optimale Ausbildungsbedingungen einzutreten.

Ergebnis HJAV-Wahl

Bei den Wahlen zur Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung (HJAV) des Landes Berlin hat ver.di 7 der 9 Sitze errungen und stellt mit Pascal Prey weiterhin den Vorsitzenden. Herzlichen Glückwunsch!

Fortsetzung von Seite 2

die Ausbildungszahlen müssten daher eigentlich auf je 200 pro Jahr festgelegt werden.

Allerdings stellt die Ausbildung schon jetzt eine große Herausforderung für die Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern und für Königs-Wusterhausen dar. ver.di fordert schon seit Jahren, dass Ausbildung oberste Priorität haben und wichtiger sein muss als das Erfüllen von Zielvereinbarungen. Hier werden weitere Gespräche der Berliner Steuerfachkommission von ver.di mit Dr. Kollatz-Ahnen thematisch anknüpfen.

Auch am zweiten Tag erfolgte ein ausgiebiger Austausch mit der Politik, diesmal mit den steuerpolitischen Sprechern der Bundestagsfraktionen und zwischen den Teilnehmern in mehreren Fachforen. Für weitergehende Infos:

<http://bund-laender.verdi.de/fachgruppen/finanz-und-steuerverwaltung/++co++45db7276-1881-11e7-adb6-525400423e78>
oder goo.gl/YzM18c



Der stellv. ver.di-Fachkommissionsvorsitzende Jörg Bewersdorf fordert von der Politik die hundertprozentige Umsetzung der PersBB

ANZEIGE



Vorsorgen tut gut.

Mit der NÜRNBERGER Dienstunfähigkeitsversicherung sichern Sie sich entscheidende Vorteile.

Holen Sie Ihr Angebot bei: MBoeD@nuernberger.de

NÜRNBERGER
Beamten Versicherung



Partner für den Öffentlichen Dienst

NÜRNBERGER Beamten Lebensversicherung AG

Telefon 0911 531-4871
www.nuernberger.de

Dramatischer Personalunterbestand: ver.di fordert Gegensteuern

Der Personalunterbestand in den Berliner Finanzämtern wächst seit Jahren kontinuierlich und hat inzwischen einen dramatischen Höchstwert erreicht. Laut der Quartalsstatistik zum 31.12.2016 waren nach Berechnungen der Senatsverwaltung für Finanzen **124 Stellen** nicht besetzt, 40 mehr, als zum Jahresanfang 2016. Das ist ein deutlicher Beleg dafür, dass SenFin ihr Ziel, die durch Erreichen der Altersgrenze oder vorzeitigen Ruhestand ausscheidenden Kolleginnen und Kollegen rein zahlenmäßig zu ersetzen, drastisch verfehlt hat.

Ein unverzügliches Gegensteuern ist dringend erforderlich, denn auch unter Berücksichtigung der AnwärterInnen, die im Herbst ihre Ausbildung erfolgreich beenden werden, wird sich die Personallücke nicht schließen lassen. Verschärft wird das Problem noch dadurch, dass die Absolventenzahlen weiter rückläufig sind und so ausgebildete AnwärterInnen für eine Einstellung als BeamtInnen auf Probe bzw. Tarifbeschäftigte nicht mehr in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen. SenFin muss endlich

anzubieten. Und SenFin muss endlich Einfluss auf die Ausbildungsverantwortlichen in KW nehmen, damit dort nicht Elite-Steuerbeamte das Ziel der Ausbildung sind und die Qualität der Ausbildung durch hohe Durchfallquoten belegt wird, sondern damit möglichst viele in der Praxis einsetzbare Steuer- und FinanzanwärterInnen die Ausbildung erfolgreich abschließen können.

Aber selbst das würde nicht reichen, um den Personalbedarf der nächsten Jahren zu decken, selbst wenn man außer Acht lässt, dass sich Berlin weiterhin weigert, die PersBB zu 100 % umzusetzen. SenFin muss endlich die Realität anerkennen, Alternativen akzeptieren und diese auch angehen. ver.di hat auf die Entwicklung bereits seit längerem hingewiesen und die Einstellung von QuereinsteigerInnen gefordert. Zum einen muss um diejenigen geworben werden, die in früheren Jahren trotz erfolgreicher Ausbildung nicht eingestellt wurden. Aber auch Steuerfachgehilfinnen oder in anderen Bundesländern ausgebildete Steuerfachleute könnten für die Berliner Steuerverwaltung interessant sein. Und dann gibt es dort auch noch Aufgaben, für die gar keine SteuerbeamtInnen erforderlich wären. SenFin könnte z.B. selbst Bürokaufleute ausbilden, anstatt sich für ihren Personalbereich ausgebildeter SteuerbeamtInnen zu bedienen. Und wenn den BewerberInnen von Anfang an klar wäre, dass eine Einstellung für die Bereiche Geschäftsstelle, Scannerstelle, ZZfÄ etc. keinen Wechsel in den steuerlichen Bereich ohne eine weitere Qualifizierung ermöglichen würde, wären auch hier Außeneinstellungen möglich. Aber auch in den steuerfachlichen Bereichen, wie z.B. der Betriebsprüfung oder dem TFA, sind Außeneinstellungen denkbar. Außerdem: Die Berliner Steuerverwaltung hat nach 1990 eindrucksvoll bewiesen, dass für sie eine Qualifizierungsoffensive möglich und machbar ist.

Das Verdrängen der prekären Situation zu Lasten der – noch – gesunden aktiven Kolleginnen und Kollegen muss beendet werden. Wenn Stellen frei sind, müssen diese auch ausgeschrieben und ggf. transparent am Arbeitsmarkt angeboten werden. Auch wenn es in der Berliner Verwaltung nach den Jahrzehnten des Sparens und des rechnerischen Personalüberbestandes hierin keine Übung gibt, muss das Thema angegangen werden. Sonst verlieren wir durch Überlastung die verbliebenen Kolleginnen und Kollegen gesundheitlich oder durch innere Kündigung. Ein Umdenken muss erfolgen – jetzt!

Stichtag	Personal	VZA - Arbeitszeit ^(*)	VZA - Stellen ^(*)	Haushaltsstellen	Über / Unterbestand ^(**)
31.12.2016	5.282	1.169	748	7.199	
31.12.2015	7.123	6.016,40	6.213,31	6.100,90	-84,50
31.03.2016	7.043	5.949,33	6.154,13	6.143,00	-193,67
30.06.2016	6.986	5.908,64	6.111,61	6.143,00	-234,36
30.09.2016	7.229	5.928,21	6.144,24	6.143,00	-214,79
31.12.2016	7.199	6.018,76	6.224,73	6.143,00	-124,24

Stichtag	Teilzeitquote	Frauenquote	Krankheitsquote	Schwerbehindertenquote
31.12.2016	17,59%	65,26%	8,98%	8,92%

(*) Personal umgerechnet auf Vollzeitäquivalente (VZA) (**) Verhältnis VZA-Arbeitszeit zu Haushaltsstellen

*** abweichender Stichtag

Aus der Quartalsstatistik zum 31.12.2016

handeln. ver.di hat dazu schon viele Ideen geliefert. Die Anwärterbezüge müssen auf das Niveau der anderen Länder angehoben werden, um die Attraktivität für eine Ausbildung in der Berliner Steuerverwaltung zu steigern. Hier hat die Politik endlich reagiert und einen Gesetzentwurf vorgelegt, nachdem die Anwärterbezüge zum 1.8.2017 um 75,15 € (abzüglich 0,2 % Versorgungsrücklage) und zum 1.8.2018 um weitere 75 € erhöht werden sollen. Vielleicht ist dieser Betrag nicht zufällig identisch mit dem Vorschlag von Daniela Ortman in zahlreichen politischen Gesprächen der letzten Jahre. Dazu gehört aber auch eine Übernahmegarantie für alle AbsolventInnen in ein Beamtenverhältnis auf Probe. Die Perspektive nach Abschluss der Ausbildung muss durch eine Anhebung der Eingangssämter auf A 7 und A 10 attraktiver werden, Praxisaufstieg und prüfungspflichtiger Aufstieg sind jährlich in angemessenem Umfang

„Wir haben uns nicht aus dem Staub gemacht.“

vau: Seit der Personalratswahl im Dezember ist fast ein halbes Jahr vergangen. ver.di konnte die GPR-Mehrheit nicht verteidigen. Das war sicher enttäuschend. Wie geht es nun bei euch weiter?

Jörg: Da muss man ehrlich sein, das schmerzt bis heute, besonders wenn man als Spitzenkandidat angetreten ist, um wieder GPR-Vorsitzender zu werden.

Eric: Nachdem Jörg und ich in 2015 die Verantwortung im GPR übernommen hatten, investierten wir viel Zeit und Arbeit. Wir gaben zehn GPR-Infos heraus, ließen uns in vielen Finanzämtern sehen, redeten auf Personalversammlungen, sprachen mit dem Finanzsenator persönlich und bauten ein gutes Gesprächsklima mit der Verwaltung auf. Am Ende muss man sagen: Es hat trotzdem nicht gereicht.

Jörg: Wir müssen noch 'ne Schippe drauflegen, um in den Finanzämtern bekannter zu werden. Die nächsten dreieinhalb Jahre werden wir dafür nutzen.

Eric: Auch damit die Beschäftigten in den Finanzämtern mehrheitlich wieder ver.di ihr Vertrauen schenken und bei der nächsten Wahl ihre Stimme geben, weil sie wissen, wir vertreten ihre Interessen am besten.

vau: Und wie geht es euch in euren neuen Rollen im GPR?

Jörg: Den Umständen entsprechend (lacht). Wir sind als Spitzenkandidaten angetreten und wir haben uns nach der Wahl nicht aus dem Staub gemacht, als es darum ging, Verantwortung für die Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern zu übernehmen ...

Eric: ... und das werden wir nach Kräften auch weiterhin tun. Jetzt haben wir eine GPR-Vorsitzende, die weitgehend unbekannt ist und die niemand vorher auf dem Zettel hatte. Mal schauen, wie sich das entwickelt.

vau: Was sind denn aktuell drängende Themen?

Eric: Da hat sich nicht viel geändert, höchstens verschlimmert. Die Digitalisierung nimmt an Fahrt zu und die IT-Unterstützung lässt nach wie vor zu wünschen übrig. Dem GPR werden Beteiligungsrechte verweigert. Die Verwaltung muss davon überzeugt werden, dass eine frühzeitige Beteiligung nicht Verhinderung bedeutet, sondern dazu dient, die Bedingungen für die Beschäftigten zu verbessern. Klageverfahren zu führen, um geltende Beteiligungsrechte zu erstreiten, ist vermeidbar, ggf. nur ein letztes Mittel. Ein partnerschaftlicher Umgang ist deutlich effektiver. Das gilt es zu vermitteln. Das ist



bei Einzelnen schon gelungen, aber noch nicht in allen Referaten bei SenFin angekommen.

Jörg: Die Personalausstattung ist ein weiteres drängendes Thema. Gerade haben wir die aktuelle Personalbedarfsberechnung abgelehnt. Allein durch die Änderung der Berechnung der Krankheitstage hat die Verwaltung rund 20 Stellen einkassiert, Erziehungsurlaube werden bei der PersBB gar nicht berücksichtigt, obwohl dafür keine Vertretungskräfte eingestellt werden. Oder der bundesweit genehmigte personelle Aufschlag von 20 % für den täglichen Betreuungsaufwand für Nachwuchskräfte, wenn es Schwierigkeiten bei der Personalgewinnung gibt, wird einfach nicht genutzt. Das wären auch noch einmal rund 6 Stellen zusätzlich. Ich finde es fahrlässig, so zu handeln. Das Beteiligungsverfahren mit dem GPR ist aber noch nicht abgeschlossen, es gibt also noch Hoffnung. Ich werde jedenfalls weiterhin um jede Stelle kämpfen.

Eric: Apropos Nachwuchsgewinnung, da steht auch nicht alles zum Besten. Es ringen viele Unternehmen und öffentliche Arbeitgeber um die besten Bewerberinnen und Bewerber, auch über Ländergrenzen hinweg. Wenn hier die Steuerverwaltung nicht spürbar nachlegt und die Attraktivität deutlich erhöht, werden wir das Nachsehen haben.

Jörg: Und wir müssen endlich offen und ehrlich über Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger diskutieren. Den Kopf in den Sand stecken bringt gar nichts.

Jörg Bewerdorf
und Eric Lausch,
beide stellvertretende
GPR-Vorsitzende

Wissenschaftliche Sensation: SenFin findet neue mathematische Formel!

Das Referat III F+E (Forschung und Entwicklung) hat im Rahmen seiner routinemäßigen Arbeiten im Zusammenhang mit den Ziel- und Servicevereinbarungen 2017 große Aufregung in der Welt der Wissenschaft hervorgerufen. Eher zufällig – wie so oft in den Naturwissenschaften – hat das Forschungsteam der SenFin bahnbrechende neue Zusammenhänge erkannt und diese auch sofort der Öffentlichkeit vorgestellt. Nun herrscht weltweit Unruhe in den Kreisen der Professoren und Vordenker der Mathematik. Das was über Hunderte von Jahren Gültigkeit hatte, scheint nun in Frage gestellt. Euklid, Pythagoras und all die anderen Strategen auf diesem Gebiet stehen jetzt im Brennpunkt der Diskussion. Aber was genau ist passiert?

Bei der Festlegung des 5-Jahresplans für die Betriebsprüfungen der Berliner Finanzämter konnte im Rahmen der Zieldefinition nunmehr eindeutig der Beweis erbracht werden, dass $1 + 1$ nicht zwangsläufig 2 ergibt. Schon Generationen von Grundschulern, meistens äußerst lebhaft und engagiert, haben diese Theorie nachhaltig vertreten, auch unter Tränen, wurden aber nur verhöhnt. Jetzt gibt es Hoffnung auf Rehabilitation. Die Formel lautet:

$$15970 : (365 - 205 APZ^\lambda) \times Y - xG1/G2 + xG3$$

$$- 20 \% \alpha + \text{ungefähr } 30 \Omega \text{ oder } 0,0005 \bullet^* :$$

$$(\sqrt{\text{Weihnachten und Muttertag}})^2$$

$$\approx 20 \subseteq 12,5 \text{ Prüfungen p.P.}$$

Zugegeben, das erscheint auf den ersten Blick etwas verwirrend. Aber nachdem die SenFin mehrfach die Entstehung dieser neuen Weltformel erklärt hat, sitzt man nur noch staunend vor der PowerPoint-Präsentation und wird ganz demütig. Alle Versuche der Ewiggestrigen und der üblichen Querulanten, den Fehler im System zu erkennen und den Gegenbeweis zu liefern, sind kläglich gescheitert.

Diese Geschichte hat Potential. Für den deutschen Adam-Riese-Award 2017 wurden bereits alle anderen Nominierungen zurückgezogen. Es mehren sich die Stimmen, die für den 10.12. des Jahres Chancen sehen, den Nobel-Preis für Mathematik zu holen. Das Preisgeld soll nach internen Quellen dann an die Betriebsprüferinnen und Betriebsprüfer ausgeschüttet werden.

Wir von ver.di drücken jedenfalls ganz fest die Daumen!

Impressum

Eine Veröffentlichung der Vereinten
Dienstleistungsgewerkschaft ver.di,
Bezirksverwaltung Berlin,
Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin
Verantwortlich für den Inhalt:
Antje Thomaß, antje.thomass@verdi.de
Redaktion: Jörg Bewersdorf, Daniela
Ortmann, Eric Lausch, Anke Misir
Layout und Herstellung: tableau GmbH
Leserbriefe an: info@vau-online.de

Die vau sowie weitere
Informationen und
Links können Sie bei
www.vau-online.de
einsehen.

